

❖ Nachdem die Sondersendungen zu den Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz verklungen und die Sonderseiten der Printmedien abgelegt sind, werden die Zäsuren, die sich aus den Ergebnissen und der vorausgehenden Katastrophe in Japan ergeben sollen, nüchterner betrachtet.

Eines scheint einigermaßen sicher: Das Ende des Atomzeitalters wird durch die deutsche Aufregung weder weltweit noch europaweit eingeläutet. Fukushima hat allerdings in Deutschland der „german angst“, dem bodenlosen Bedrohungsgefühl angesichts eines bevorstehenden Untergangs und dem gleichzeitig aufbrechenden Rettungsreflex, erstmals politisch zum Durchbruch verholfen.

In der Tat hat sich in Deutschland nach Fukushima und nach den Landtagswahlen vieles von Grund auf verändert – nicht nur in der Energiepolitik, sondern auch in der Parteipolitik mit den entsprechenden Folgen für die Gesamtpolitik.

Die Ergebnisse in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sind politisch eindeutig ausgefallen. In Baden-Württemberg hat die Union nicht nur die Regierung verloren, die sie 58 Jahre erfolgreich geführt hat. Das sogenannte bürgerliche Lager, das mit CDU und FDP seit Gründung des Landes zwischen fünfzig und sechzig Prozent der Stimmen erreichen konnte, hat 2011 nur noch 44,3 Prozent (CDU 39 Prozent, FDP 5,3 Prozent) der Wähler überzeugt und damit seit der



Wahl von 2006 10,6 Prozent Verluste eingefahren. Die CDU hat in einem ihrer letzten Stammländer offensichtlich die Fähigkeit verloren, als Volkspartei eine eigene Mehrheit zu erreichen. Ihr ist gleichzeitig der mehrheitsbeschaffende Wunsch-

Koalitionspartner abhandengekommen.

In Rheinland-Pfalz ist das Ergebnis für die CDU erfreulicher. Der Absturz seit den Wahlen nach 1987 auf 32,8 Prozent war die Quittung für innere Zerrissenheit und ist mit 35,2 Prozent gestoppt. Das Ergebnis bedeutet wieder gleiche Augenhöhe mit der seit 1991 regierenden SPD (35,7 Prozent). Aber auch in Rheinland-Pfalz ist mit 4,2 Prozent der mögliche Koalitionspartner FDP noch nicht einmal im Landtag vertreten, geschweige denn, dass eine Regierungsmehrheit mit der FDP am Horizont aufgeleuchtet wäre.

In den Debatten um die Verluste von CDU und FDP und die Gewinne der Grünen ist die Lage der SPD zu wenig ins Scheinwerferlicht gerückt. Sie erzielte in Baden-Württemberg mit 23,1 Prozent das schlechteste Ergebnis seit Gründung des Landes. Sie rutscht dauerhaft in die Zone unter dreißig Prozent und verliert damit den Status einer größeren Volkspartei; als drittstärkste Kraft kann sie gegenüber den Grünen noch nicht einmal Anspruch auf den Ministerpräsidenten erheben. In Rheinland-Pfalz verliert die SPD 9,9 Prozent der Stimmen. Ein schlechteres Ergebnis hatte sie letztmals 1959 erzielt.

Unstrittig sind die Grünen die Gewinner der Landtagswahlen. Sie wurden in Baden-Württemberg mit 24,2 Prozent zweitstärkste Kraft und stellen wohl den Ministerpräsidenten. In Rheinland-Pfalz verdreifachten sie ihren Stimmenanteil auf 15,4 Prozent und können damit ein dominierender Koalitionspartner zum Ende der Ära Beck werden.

Genauso offensichtlich ist die FDP die deutliche Verliererin dieser Wahlen. Sie litt unter zwei Lasten: In Baden-Württemberg war die Landespolitik kein herausragendes Thema des Wahlkampfes, und in Rheinland-Pfalz hatte sie als Oppositionspartei überhaupt kein Thema. So wurde sie von der emotionalen Wucht der Atomkatastrophe in Japan überrollt und wegen der gestiegenen Mobilisierung der Unions-, SPD- und Grünen-Wählerschaft nicht genügend zur Kenntnis genommen.

In Rheinland-Pfalz wie in Baden-Württemberg fehlte der FDP aber auch die Grundierung des parteipolitischen Vertrauens durch die Politik in Berlin. Beide Landesparteien wurden dafür abgestraft, dass der FDP im Bund der Übergang von der Oppositionsrolle in die Gestaltung von Regierungsarbeit so augenscheinlich misslang. Folglich brach unmittelbar nach den Wahlen die strukturelle und personelle Krise der Gesamtpartei offen aus.

Bemerkenswert ist schließlich, dass die Linke in beiden Ländern an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Das große Ziel, in allen westdeutschen Landesparlamenten vertreten zu sein und eine rot-grüne Regierungsmehrheit mitzubestimmen, wurde verfehlt. Eine mangelnde Mobilisierung der Wähler kann für das Ergebnis und dessen Interpretation kaum in Anspruch genommen werden: Die Wahlbeteiligung stieg in Baden-Württemberg um 12,6 Prozent, in Rheinland-Pfalz um 3,5 Prozent.

Was waren die wohl entscheidenden Gründe für das Wählervotum in Baden-

Württemberg und Rheinland-Pfalz? An erster Stelle standen die Themen der Energie- und Umweltpolitik, emotionalisiert durch die Ereignisse in Japan, an zweiter Stelle die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, allerdings gepaart mit einer ungewöhnlich hohen Zufriedenheit und Zuversicht für die Gegenwart und die Zukunft des jeweiligen Landes. Die Berliner Politik und die Spitzenkandidaten spielten sicherlich eine Rolle bei der Wahlentscheidung, waren aber nicht ausschlaggebend. Allerdings war in Rheinland-Pfalz die Spitzenkandidatin Julia Klöckner wähleranziehend, während in Baden-Württemberg Stefan Mappus eher polarisierend wirkte.

Was bedeuten die Wahlergebnisse in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz für die Parteienlandschaft in Deutschland? Bei der FDP und der Linken ist das Ziel, kleinere Volksparteien zu werden, nicht erreicht worden. Beiden Parteien ist der Traum von einer Wahlgröße bis zu zwanzig Prozent geplatzt. Beide müssen sich auf die Suche nach einem Nischenplatz unter zehn Prozent begeben beziehungsweise um die Fünf-Prozent-Hürde kämpfen.

Die Grünen haben dagegen die Gunst der Stunde nutzen können. Sie haben die Tsunami-Welle der Atomkatastrophe politisch virtuos geritten und sich flächendeckend als zweit- oder drittstärkste Kraft etablieren können. Wo man auch immer hinsieht, die Grünen sind regional, sozialstrukturell oder nach Alter differenziert mit über zehn Prozent vertreten. Sie haben den Status einer städtisch konzentrierten Partei der Gebildeten und Besserverdienenden überwunden und bewegen sich bei einem Wähleranteil von über fünfzehn Prozent. So haben sie in Baden-Württemberg zweistellig zulegen können, außer bei über 60-Jährigen mit neun Prozent und niedrig Gebildeten mit neun Prozent. Auch der Zeitpunkt der Wahlentscheidung verlagerte sich bei den Grü-

nen-Wählern: 56 Prozent sagten, sie hätten sich vor längerer Zeit oder in den letzten Wochen festgelegt; das bedeutet eine Steigerung dieses Wähleranteils um sieben Prozent gegenüber der letzten Wahl. Bei der CDU betrug dieser Anteil nur noch 41 Prozent, er hat sich um neun Prozent gegenüber der letzten Wahl verringert. Die Grünen sind zu einer neuen kleineren Volkspartei geworden.


Durch die gewonnene beziehungsweise verteidigte Regierungsbeteiligung in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ist die schwere Krise der SPD bislang kaum thematisiert worden. Die SPD ist an der Schwelle, ebenfalls eine kleinere Volkspartei zu werden. Ein dauernder Wähleranteil von unter dreißig Prozent bedeutet, dass die SPD sich nicht mehr wie in der Vergangenheit selbstverständlich einen Koalitionspartner aussuchen kann, sondern selbst zur Koalitionsoption wird. Sie droht den Status einer gestaltenden beziehungsweise einer alternativen Regierungspartei zu verlieren. Sie hat die bislang selbstverständliche Strahlkraft der ersten Oppositionspartei verloren und darüber hinaus keine Themen mehr, die den politischen Diskurs mitbestimmen.

Die CDU ist als einzige Volkspartei größeren Typs übrig geblieben. Allerdings hat sie nur noch geringe Aussicht, vierzig Prozent und mehr Wähler an sich zu binden. Wenn es ihr schwer fällt, mehr als 35 Prozent der Wähler zu gewinnen, hat dies politische Auswirkungen. Sie wird, falls sie politisch gestalten will, immer abhängiger von Koalitionspartnern beziehungsweise vom Willen anderer Par-

teien, überhaupt mit ihr zu koalieren. In der Koalitionslandschaft muss sie sich neu orientieren.

Ihr Problem wird weiterhin sein, ihre Kernanhängerschaft zu stabilisieren. Dazu gehört, dieser ein neues Gefühl der Wertebundenheit, der Grundsatztreue und der Verlässlichkeit ihrer Politik zu geben. Gleichzeitig ist es aber nötig, für weit mehr als die Hälfte ihrer Wähler, die volatil stimmen, also Wechselwähler sind, anziehend zu bleiben. Themenmix, politischer Stil und persönliche Ausstrahlung des Spitzenpersonals müssen neu aufeinander abgestimmt werden.

Die analytischen Beobachtungen der Ergebnisse von Landtagswahlen sind nicht unbedingt Prognosen der künftigen politischen Realität. Sie zeigen Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten auf, nicht Zwangsläufigkeiten. Die Realität wird stark durch andere Kategorien, wie der persönlichen Enttäuschung, mitbestimmt. Es ist heute nicht auszumachen, wem und welcher Partei die Kosten der angekündigten Energiewende politisch zugeordnet werden. Und man wird sehen, wie die Regierungskompromisse, neu auftauchende Probleme und die Darstellung der Regierungsarbeit von den künftigen grün-roten oder rot-grünen Regierungen in Stuttgart und Mainz von den Wählern des März 2011 aufgenommen werden. ❖



Klaus Gotto